



Gleisdorfer Volksstimme

Ausgabe 1, März 2024

www.kpoe-steiermark.at

Periodisches Infoblatt der steirischen KPO



Der Wald in der Schießstattgasse

Gleisdorfer Bürgermeister und Landesregierung ignorieren mehr als 10.000 Unterschriften

Gleisdorf wächst rasch – die Nähe zu Graz lockt Betriebe und Familien und wird damit auch zum Ziel von Wohnbauträgern. Die vielen Bauprojekte sollen das Angebot an leistbaren Wohnraum erweitern. Doch ein genauerer Blick zeigt: trotz immenser Bautätigkeit ist Wohnen so teuer wie noch nie. Gleichzeitig stehen viele Wohnungen und Gebäude leer. Auch Sanierungen von älteren Gebäuden im Ortskern haben bei weitem nicht denselben Stellenwert wie Neubau und Bodenversiegelung. Das leichteste und lukrativste ist es, am Ortsrand auf die grüne Wiese, Wohnblöcke zu betonieren.

So musste jüngst eine bewaldete Naturfläche einem Wohnbauprojekt weichen. Der Wald in der Schießstattgasse, ein beliebtes Ziel für Spaziergänge, Frisch- und Kaltluftspender für die ganze Stadt und Heimat von mehr als 400 Tier- und Pflanzenarten, wurde im Dezember letzten Jahres endgültig dem Erdboden gleichgemacht. Der Verein „Wald statt Beton“ sammelte Spenden und Unterschriften, um den Wald von der ÖWG zurückzukaufen. Über

10.000 Unterschriften forderten Landesrätin Lackner auf, sich für den Wald einzusetzen und das Grundstück als Land Steiermark zu kaufen. Möglich wäre dies etwa durch Förderprogramme, wie den Biodiversitätsfonds, welche Projekte zum Erhalt von Natur und Umwelt finanzieren.

Rodungszweck nicht erfüllt – wird neuer Bescheid bewilligt?

Trotz Petition, laufenden Artenschutzverfahren durch die BH Weiz und guten Aussichten

auf eine Finanzierung durch den Biodiversitätsfonds setzten Bürgermeister Stark (ÖVP) und Umweltlandesrätin Lackner (SPÖ) keine Maßnahmen zur Rettung des Waldes. Am 4. Dezember begann man mit der Rodung und übrig geblieben sind kahlgeschlagene Baumstümpfe. Die Politik kann nichts tun, da es einen gültigen Rodungsbescheid gäbe, so LR Lackner bei der Landtagssitzung am 30. Januar sinngemäß.

Pikantes Detail: Die Rodungsbewilligung lief mit 31. Dezember 2023 aus und

der Bau der Wohnungen hätte bis dahin zumindest begonnen werden müssen. Nun muss erneut eine Bewilligung angesucht werden. Fraglich ist, ob der von der BH Weiz bereits erteilte Rodungsbescheid vom Landesverwaltungsgericht bestätigt wird, nachdem man den Rodungszweck nur unvollständig erfüllt hatte. Anfang Dezember wurde mit der Rodung begonnen, streng genommen hätte man für Erreichung des Rodungszwecks, nämlich die Errichtung von Wohnhäusern,

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

weniger als einen Monat Zeit gehabt. Anscheinend wollte man bereits Fakten schaffen, bevor es zu Verzögerungen kommt.

„Geförderter“ Wohnbau?

Argumentiert wird bei diesem Bauprojekt stets mit der Schaffung „sozialen Wohnraums“. Zu hinterfragen ist jedoch der soziale Aspekt der von der ÖWG gebauten Wohnungen. Inserate auf Immobilienseiten zeigen eine recht weite Auslegung des Begriffs „sozialer Wohnbau“. Stolze € 1.392,- monatliche Miete verlangt man schon für knapp 89m² für den geförderten Wohnbau am Rathausplatz – die Wohneinheit steht schon seit längerem leer. Schafft man mit dem Bauprojekt in der Schießstattgasse wirklich qualitativen und leistbaren Wohnraum oder weiteren Leerstand?

LKW-Verkehr durch enge Gasse

Wenn das Bauprojekt dann tatsächlich starten sollte, ergibt sich ein weiteres Problem: für den Transport von Baumaterial, Schutt und Geräten könnte die schmale Strecke von der Dr. Hermann-Hornung-Gasse aus in die Schießstattgasse zu logistischen Schwierigkeiten führen. Schwer vorstellbar hier mehrere LKW's ein- und ausfahren zu sehen, abgesehen von der Lärm- und Staubbelastung. Wahrscheinlich müssten auch angrenzende Baumkronen zurechtgestutzt werden. Ob das für die Durchfahrt ausreicht, ist fraglich.

Nüchtern betrachtet sprechen viele gute Argumente gegen dieses Bauprojekt, wobei man Bürgermeister Stark und den Gemeinderat dafür kritisieren muss, die Widmung überhaupt erst ermöglicht zu haben. Für eine gute Lösung für alle Beteiligten hätte es den politischen Willen gebraucht, der offenbar weder bei Bürgermeister Stark (ÖVP), noch bei Landesrätin Lackner (SPÖ) vorhanden war.

KOMMENTAR

KPO Oststeiermark

Von Markus Pendl
Regionaler
Kandidat der KPÖ bei der
Nationalratswahl

E-Mail:
oststeiermark@kpoe-steiermark.at



Naturschutz verbindet

Kleinflächige Wald- und Vegetationsgebiete im Stadtgebiet wirken sich erwiesenermaßen positiv auf das Stadtklima aus. Durch Frischluftzufuhr und Wasserdurchlässigkeit sind sie erhaltenswürdige Naturperlen inmitten von Siedlungen, was auch in Anbetracht der sich häufenden Starkregenereignisse große Vorteile für die Bewohnerinnen und Bewohner mit sich bringt. Abgesehen davon werden sie schlicht auch als Naherholungsgebiete und beliebte Spazierwege gerne genutzt und dienen verschiedensten Tieren als Lebensraum.

Bürgermeister Stark und Landesrätin Lackner betonten stets die Endgültigkeit des Bauprojekts in der Schießstattgasse. Man könne in einem Rechtsstaat nichts gegen gültige Rodungs- und

Baubescheide unternehmen, meinen sie beharrlich. Für uns als KPÖ gilt jedoch trotzdem stets das Einvernehmen zu suchen, frei nach dem Motto „durchs Reden kommen d'Leut zam“. Doch für konstruktive Gespräche mit der Chance auf eine gute Lösung für den Wald, Bewohnerinnen und Bewohner und dem Wohnbauträger waren SPÖ und ÖVP leider nicht zu haben. Da fehlt es ganz offensichtlich am politischen Willen.

Wenn uns der Naturschutz auf kleiner Ebene nicht gelingt, wie sollen wir dann die großen Fragen des Klimaschutzes lösen? Mit den aktuellen Akteurinnen und Akteuren in der Gemeinde- und Landespolitik wird das jedenfalls ein Ding der Unmöglichkeit werden.

Markus Pendl

Mitmachen in der KPÖ! Bringen Sie Ihre Ideen ein!



So geht die KPÖ in die Landtagswahl. In der Mitte: Markus Pendl, Handelsangestellter und Spitzenkandidat der KPÖ im Wahlkreis Oststeiermark und Claudia Klimt-Weithaler, Landtagsabgeordnete und Spitzenkandidatin der KPÖ für alle Wahlkreise.



Primärversorgungszentrum statt Hausarzt?

Im Zuge der Reform des Österreichischen Gesundheitswesens wurde die Idee der Primärversorgungszentren (PVZ) entwickelt, um das Gesundheitssystem effizienter und kostengünstiger zu gestalten. Ein Team von Gesundheitsberufen „rund um den Hausarzt“ soll im Primärversorgungszentrum vielfältige Gesundheitsdienstleistungen abdecken und erste Anlaufstelle für alle medizinischen Probleme sein. Ein Primärversorgungszentrum sollte den Zugang zu Untersuchungen und Therapien erleichtern und Wartezeiten verkürzen. PVZ sollen Spitalsambulanzen entlasten und die Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten sowie des medizinischen Personals erhöhen.

Tatsächlich umgesetzt werden die Primärversorgungszentren in der Steiermark als Sparversion. Es handelt sich meist um den Zusammenschluss von zwei bis drei Allgemeinmediziner:innen, die ihre Öffnungszeiten koordinieren. Andere Gesundheitsberufe sind kaum vertreten.

Die bestehenden Hausarzt-Ordinationen sind überlaufen. Trotzdem wurde keine einzige zusätzliche Kassenstelle für Allgemeinmedizin in der Steiermark geschaffen. Vielmehr wurden 90 Stellen zugunsten der Primärversorgungszentren gestrichen (drei Ärzte für jedes geplante PVZ). Und dies, obwohl die PVZ gar nicht bestehen, oder nicht über drei Mediziner:innen und Mediziner

verfügen.

Von den 30 PVZ, die bis 2025 laut Regionalem Strukturplan Gesundheit zu errichten wären, gibt es bis heute gerade einmal zwölf! Fünf davon befinden sich im Raum Graz, wo kein gravierender Ärztemangel herrscht, und nur sieben in den Regionen. Die Standardbesetzung von drei Ärztinnen und Ärzten erfüllen nicht alle dieser Zentren. Ein Beispiel: In Eisenerz ordiniert nur ein Allgemeinmediziner und entspricht damit den gesetzlichen Anforderungen für ein PVZ nicht. Trotzdem wird diese Ordination als „PVZ Eisenerz“ geführt. Die Öffnungszeiten der bestehenden 12 PVZ gehen kaum über die anderer Ordinationen hinaus.

Problematisch ist dieses Konzept besonders im ländlichen Raum, weil sich die Wege deutlich verlängern. Für chronisch Kranke und alte Menschen, aber auch für Familien mit Kindern ist der Arztbesuch schwer organisierbar.

Gleichzeitig werden Krankenhäuser, Abteilungen und Stationen geschlossen und damit dringend nötige Anlaufstellen für medizinische Notfälle verknappt. Änderungen im Gesundheitssystem müssen aber immer mit Bedacht durchgeführt werden. Wird auf der einen Seite gekürzt, muss parallel ein anderes Angebot aufgebaut werden. Derzeit sehen wir in der Steiermark, dass aus finanziellen Gründen darauf wenig Rücksicht genommen wird.

Wohnunterstützung endlich erhöht

Die Wohnpetition der KPÖ zeigt Wirkung! Nach mehr als einem Jahrzehnt wurde die Wohnunterstützung endlich angehoben und wertgesichert.

Es ist ein großer Erfolg für die KPÖ: Lange Jahre wurden sämtliche Anträge auf die Erhöhung und Indexierung der Wohnunterstützung von der Landesregierung belächelt und in den Wind geschlagen. Dabei war der Handlungsbedarf offensichtlich: Der Höchstsatz der Wohnunterstützung am Beginn des Jahres 2023 lag unter jenem des Jahres 2006 (!), als die damalige Wohnbeihilfe eingeführt wurde.

Dieser große Missstand und die Handlungsunwilligkeit der Landesregierung hat die KPÖ veranlasst, mit 1. Mai 2023 die Wohnpetition zu starten. Die seither gesammelten über 12.000 Unterschriften haben ihren Zweck nicht verfehlt: Mit der Anhebung und Indexierung der Wohnunterstützung hat der Landtag im Februar zwei zentrale Forderungen der Wohnpetition beschlossen.

Das freut KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Einmal mehr hat sich gezeigt: Auch als kleine Fraktion im Landtag können wir gemeinsam mit den Menschen etwas bewegen. Die tausenden Unterschriften für die Wohnpetition sind der Ausdruck einer großen Unzufriedenheit der Leute mit den sehr hohen Wohnkosten. Wie wichtig die Erhöhung der Wohnunterstützung ist, wissen wir nämlich aus unseren Sozialsprechstunden sehr genau.“

Weitere Verbesserungen nötig

Damit sind bei weitem nicht alle Missstände bei der Wohnunterstützung gelöst, wie Claudia Klimt-Weithaler ausführt: „Wenn selbst eine Mindestpensionistin zu ‚reich‘ ist, um den Höchstsatz der Wohnunterstützung zu bekommen, dann sind die Einkommensgrenzen offensichtlich viel zu niedrig. Und es kann einfach nicht sein, dass selbst Menschen mit sehr kleinen Arbeitseinkommen schon keinen Cent Wohnunterstützung mehr sehen. Die Einkommensgrenzen gehören einfach kräftig angehoben.“

Auch bei der Änderung der Wohnbauförderung wurde die Gelegenheit versäumt, Wohnkosten zu begrenzen. Von Mieter:innen im geförderten Wohnbau sind aufgrund der hohen Zinsen mit Nachzahlungen in Höhe von tausenden Euro konfrontiert. Es braucht daher Maßnahmen, damit die Mietkostenbegrenzung durch die Entwicklungen am Kapitalmarkt nicht wirkungslos ist.“

Bewohner:innen von geförderten Wohnungen, die vor 2015 errichtet wurden, fallen zudem um den „Wohnbonus“ der Landesregierung um. Sie werden seit Monaten im Regen stehen gelassen, obwohl auch sie unter der extrem gestiegenen Zinsbelastung leiden.



KPÖ



**KENNENLERN-
TREFFEN DER KPÖ**

in Gleisdorf

**Donnerstag, 18. Juli
18:30 ★ Kirchtavern**

...mit
Klubobfrau
**Claudia Klimt-
Weithaler**

„Sie interessieren sich für die KPÖ und wollen uns einmal kennenlernen? Sie möchten sich einbringen, mit uns diskutieren und mehr über die KPÖ erfahren? Dann dürfen wir Sie ganz herzlich zu unserem Kennenlern-Treffen einladen. Auch unsere Klubobfrau im Landtag, Claudia Klimt-Weithaler, wird vorbeischauen! Wir treffen uns am Donnerstag, dem 18. Juli, um 18:30 Uhr in der Kirchtavern.“

Es würde uns sehr freuen, wenn wir uns dort sehen. Klar ist nämlich: Es muss sich einiges ändern, damit das Leben wieder leistbar, die Steiermark sozialer und die Welt friedlicher wird. Darum braucht es viele Menschen, die sich dafür einsetzen. Und am besten geht das gemeinsam.“

✉ mitmachen@kpoe-steiermark.at

☎ **0316/877 5104**

📱 kpoe-steiermark.at/mitmachen

STEIRISCHE
Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrngasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108. Fotos: KPÖ, Adobe Stock. E-Mail: jakob.matscheko@kpoe-steiermark.at
Druck und Versand: Druckwerk 6, Kapfenberg



**GLAUBWÜRDIG.
ENGAGIERT.
ERFAHREN.**

Mein Einsatz für eine soziale
Zukunft in der Steiermark.

Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ
EHRlich
ANDERS.